

Tätigkeitsbericht des Vorstandes des Fördervereins PRO ASYL e.V. 2008/2009



Inhalt

3 Einführung	13 Aktiv gegen Abschiebungen – Beispiel Kosovo – Beispiel Syrien
4 PRO ASYL im Wahljahr 2009	15 Internationale Wochen gegen Rassismus
5 Europawahl	15 Ende des Dessauer Prozesses zum Tod im Polizeigewahrsam
5 Bundestagswahl	16 Rechtshilfefonds
6 Die europäische und internationale Arbeit	17 Einzelfallhilfe
6 Gegen die Abschottung Europas: Die PRO ASYL-Kampagne »Stoppt das Sterben«	17 Homepage und Newsletter
7 Europäische (Nicht-)Zuständigkeiten: Die Dublin II-Verordnung	18 Publikationen und politische Stellungnahmen (Auswahl)
8 Griechenlandprojekt	20 Konferenzen
9 Die Arbeit in Deutschland	21 PRO ASYL intern
9 Aufnahme irakischer Flüchtlinge	21 Neuer Vorstand Förderverein gewählt
10 Für ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen	21 Gründungsmitglied erhält Willy-Brandt-Medaille
10 Save me – die Kampagne	21 STIFTUNG PRO ASYL
11 Bleiberecht: Von der Duldung zum Dauerproblem	22 Einnahmen und Ausgaben
12 Härtefallregelung entfristet	24 Mitgliederentwicklung
12 Wichtig für Flüchtlinge: die Qualität des Bundesamtsverfahrens	
13 Brennpunkt Flughafen: Einzelfallhilfe	

Zu den Umschlagfotos:

- Begrüßung irakischer Flüchtlinge am Flughafen Hannover (siehe Seite 9);
Foto: Kai Löffelbein
- Aktion zur Europawahl: »Menschenrechte verschwinden« (siehe Seite 5);
Foto: Fotolia/Matthew Lettrich
- Installation der European School of Design: »Stoppt das Sterben« (siehe Seite 6)

Förderverein PRO ASYL: 2008/2009 im Überblick

Liebe Fördermitglieder, Freundinnen
und Freunde,

auch im vergangenen Jahr ist es PRO
ASYL gelungen, den Menschenrechten Ge-
hör zu verschaffen. Ob in den Medien oder
in der deutschen und europäischen Poli-
tik – auf allen Ebenen konnten wir Men-
schenrechtsverletzungen auf die Tages-
ordnung bringen und Flüchtlinge und Asyl-
suchende unterstützen. Der vorliegende
Tätigkeitsbericht vermittelt einen Eindruck
von den vielfältigen Aktivitäten, die PRO
ASYL organisiert hat. Viele der Aktionen
sind immer noch in der Umsetzung, zahl-
reiche neue Engagements sind hinzuge-
kommen.

Denn weiterhin ist Druck nötig, um etwas
zu bewegen. Auf europäischer Ebene setzt
PRO ASYL als Impulsgeber seine Kampag-
ne »Stoppt das Sterben« fort. Hinzu kom-
men klar formulierte Forderungen an das
neue Europäische Parlament, unterstützt
und begleitet von einer Online-Kampagne
auf der neu gestalteten Homepage. Auch
an den Brennpunkten der EU-Außengren-
ze ist PRO ASYL mit eigenen Projekten
aktiv. Durch ausführliche Recherchen und
politische Lobbyarbeit ist es PRO ASYL
u.a. gelungen, einen deutlichen Rück-
gang der Überstellungen aus Deutsch-

land nach Griechenland im Rahmen der
Dublin II-Verordnung zu erreichen.

Auch in Deutschland ist es um die Men-
schenrechte von Flüchtlingen und Asyl-
suchenden nicht gut bestellt. Deshalb
hat das Wahljahr 2009 eine besondere
Bedeutung für das Engagement von PRO
ASYL. Prioritäten und Wahlprüfsteine für
die deutsche und europäische Flücht-
lings- und Migrationspolitik wurden formu-
liert und veröffentlicht. Zentrale Themen
der Arbeit von PRO ASYL sind: eine Neu-
regelung des Bleiberechts, die Lagerunter-
bringung von Flüchtlingen und das skan-
dalöse Flughafenverfahren.

Erfolgreich hat sich PRO ASYL für eine
Entfristung der Härtefallregelung im Auf-
enthaltsgesetz stark gemacht, da Härte-
fälle sonst ab Ende des Jahres sich
selbst überlassen blieben. Außerdem un-
terstützen wir die Aufnahme von Flücht-
lingen aus Krisenregionen, vor allem aus
den Nachbarstaaten des Irak. Bundes-
weit engagieren sich tausende Unterstüt-
zer und Unterstützerinnen vor Ort für die
Aufnahme von Flüchtlingen in der von
PRO ASYL bundesweit verbreiteten Save-
me-Kampagne.

Neben allen politischen Initiativen und Projekten widmet sich PRO ASYL unverändert der Einzelfallarbeit und unterstützte aus dem Rechtshilfefonds zahlreiche Flüchtlinge vor Gericht. PRO ASYL setzt sich auch öffentlich für die Rechte der Asylsuchenden am Frankfurter Flughafen ein. So wurde z.B. im März 2009 durch eine große Medienöffentlichkeit erreicht, dass eine schwangere 17-Jährige aus Kamerun einreisen durfte, die ein Opfer von Menschenhandel geworden war und kurz vor der Entbindung stand.

Nur durch die Unterstützung und die Solidarität unserer Fördermitglieder und Freunde können wir diese Arbeit leisten und schutzsuchenden Menschen in Deutschland und Europa als unabhängiger Partner zur Seite stehen. Aus diesem Grund möchten wir diesen Tätigkeitsbericht auch gerne nutzen, um für das anhaltende Interesse und die Treue zu PRO ASYL zu danken.

Wir freuen uns darauf, auch künftig gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu streiten.

PRO ASYL im Wahljahr 2009

Das Jahr 2009 ist ein Superwahljahr: Mit der Wahl des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, Landtagswahlen in fünf Bundesländern und Kommunalwahlen werden die Weichen neu gestellt – aber geschieht das auch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik? Vier Jahre schwarz-rote Koalition haben in vielen Bereichen zu Rückschritten geführt, gravierende Probleme sind ungeklärt. Andererseits gibt es positive Entwicklungen, so beispielsweise den Beschluss der EU-Innenminister, irakische Flüchtlinge aufzunehmen.

Vor Wahlen gehen Politikerinnen und Politiker auf die Bevölkerung zu, stellen sich und ihre Programme vor. Zugleich ist die Bereitschaft höher, sich Fragen anzuhören und sich Gedanken über die Gestaltung der Politik der nächsten Jahre zu machen. Nicht alles, was dann erkannt oder versprochen wird, wird später realisiert. Selten ist jedoch die Zeit so günstig, Themen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken. Deswegen hat PRO ASYL Forderungen für die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik formuliert und die Kandidatinnen und Kandidaten angeschrieben.

Europawahl

Mit dem Forderungskatalog zur Europawahl hat PRO ASYL Erwartungen an die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik formuliert und die Parteien sowie die zukünftigen Mitglieder des neuen Europäischen Parlaments dazu aufgerufen, ihre Verantwortung für die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik zugunsten der Betroffenen wahrzunehmen. Der Forderungskatalog wurde an Kandidatinnen und Kandidaten aus Deutschland geschickt mit der Bitte, den Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz in der Europäischen Union zu stärken.

Mit der großangelegten E-Mailaktion zum Mitmachen: »Menschenrechte verschwinden« wird der Appell, sich für Flüchtlingsrechte einzusetzen, auf eine breite Basis gestellt. Auf der Homepage von PRO ASYL kann jede und jeder E-Mails mit der Aufforderung, Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte an Europas Grenzen zu übernehmen, direkt an die künftigen Abgeordneten versenden.

Bundestagswahl

Gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat und dem DGB veröffentlichte PRO ASYL ein Positionspapier zum Wahljahr 2009. Die »Prioritäten für die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik«

entstanden in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften. Konzepten, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, wird eine klare Absage erteilt. Gefordert wird:

- Punktesystem und Blue-Card einführen;
- Familiennachzug ermöglichen;
- Einbürgerung erleichtern;
- Umfassendes kommunales Wahlrecht garantieren;
- Chancengleichheit im Bildungssystem herstellen;
- Flüchtlinge integrieren;
- Illegalisierten eine Perspektive geben;
- Abschottung verhindern – Flüchtlinge aufnehmen;
- Diskriminierung beseitigen;
- Rassismus bekämpfen.

Das Positionspapier wurde den im Bundestag vertretenen Parteien als Grundlage für Gespräche zugeleitet, die im Vorfeld der Bundestagswahlen geführt werden.

Die europäische und internationale Arbeit

Gegen die Abschottung Europas: Die PRO ASYL-Kampagne »Stoppt das Sterben«

Im Juni 2008 startete PRO ASYL die europaweite Kampagne »Stoppt das Sterben!«. Menschenrechtsorganisationen aus 15 europäischen Staaten sowie prominente Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, wie z.B. Ulrike Folkerts, Hans-Olaf Henkel, Navid Kermani, Claudia Roth, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Dr. Hans-Jochen Vogel unterstützen den Aufruf von PRO ASYL.

Mit der Kampagne stellt sich PRO ASYL gegen den tausendfachen Tod von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen und appelliert, zu menschenrechtswidrigen Einsätzen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und der illegalen Zurückdrängung von Flüchtlingen nicht länger zu schweigen. Die in europäischen und internationalen Gewässern patrouillierenden FRONTEX-Schiffe riegeln den Fluchtweg nach Europa unter Verletzung von menschenrechtlichen Standards zunehmend ab. Einsatzkräfte der europäischen Grenzagentur patrouillieren auch in der Ägäis. Bei Recherchen von PRO ASYL im griechisch-türkischen Grenzgebiet im

August 2008 berichteten Flüchtlinge von Menschenrechtsverletzungen und illegalen Zurückweisungen auf dem Meer. Die Ergebnisse der Recherche sind in der Broschüre »Abdrängen und Zurückweisen« veröffentlicht. Wie dramatisch die Situation ist, zeigen zudem viele aktuelle Meldungen. Ende März starben allein bei einem Flüchtlingsdrama vor der libyschen Küste fast 300 Menschen.

Die European School of Design führte zusammen mit PRO ASYL zum internationalen Flüchtlingstag 2008 in Frankfurt am Main eine Aktion zum Thema »Stoppt das Sterben« durch. Anhand von »Styropor-Wasserleichen« wurde auf das Sterben der Flüchtlinge an den Außengrenzen aufmerksam gemacht.

Unter dem Motto »Stoppt das Sterben« stand auch der Tag des Flüchtlings 2008. Bei vielen verschiedenen bundesweiten Aktionen wurden Unterschriften zur Unterstützung des Appells gesammelt. Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 hat PRO ASYL den Aufruf mit knapp 30.000 Unterschriften an das Europäische Parlament übergeben mit der Forderung, nicht weiter zuzulassen, dass »menschenrechtsfreie Zonen« an den Rändern Europas existieren.

Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments forderte, Schutz- und Menschenrechtsbelange in die Mission der

europäischen Grenzagentur FRONTEX zu integrieren. Ein erstes Anzeichen, dass die Verantwortlichen reagieren. Weitere Schritte müssen folgen. PRO ASYL setzt seinen Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte an Europas Grenzen fort und wird die Petition beim im Juni neu gewählten Europäischen Parlament erneut einreichen.

Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen

Zunehmend werden couragierte humanitäre Aktionen kriminalisiert, bei denen Flüchtlinge vor dem sicheren Tod gerettet wurden. Für die Rettung von 37 Schiffbrüchigen im Jahr 2004 im Mittelmeer stehen Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt von der Cap Anamur in Italien vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft fordert im Frühjahr 2009 je 4 Jahre Haft und 400.000 Euro Geldstrafe. Bereits 2006 ehrte die Stiftung PRO ASYL den Kapitän für seinen mutigen Einsatz und seine Zivilcourage. Mit der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche startete PRO ASYL anlässlich des Prozesses im Mai 2009 eine Solidaritätsaktion für die beiden Angeklagten. Innerhalb von wenigen Tagen schlossen sich über 50 Organisationen und mehr als 1.200 Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner aus 20 Staaten dem Aufruf: »Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen!« an. Die Protestaktion richtete sich in Form von Postkarten und E-Mails,

in denen die vollständige Rehabilitierung der beiden Lebensretter gefordert wird, direkt an das italienische Justizministerium.

Europäische (Nicht-)Zuständigkeiten: die Dublin II-Verordnung

PRO ASYL hat die Bundesregierung bereits im Februar 2008 aufgefordert, keine Asylsuchenden auf Grundlage der sogenannten Dublin II-Verordnung nach Griechenland zurückzuschicken. »Dublin« regelt, welcher europäische Staat für ein Asylverfahren zuständig ist. In der Regel ist dies der Staat, über den der Flüchtling in die EU eingereist ist. Durch ausführliche Recherche, Lobbyarbeit und intensive Einzelfallarbeit ist es PRO ASYL gelungen, weitreichende Erfolge im Engagement gegen Abschiebungen von Flüchtlingen nach Griechenland im Rahmen der Dublin II-Verordnung zu erzielen.

Mittlerweile haben über 50 Verwaltungsgerichte Abschiebungen nach Griechenland gestoppt. Ein großer Erfolg ist auch, dass die Zahl der Überstellungen aus Deutschland nach Griechenland stark gesunken ist. Von Januar bis März 2009 gab es 40 Abschiebungen nach Athen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat sich in diesem Zeitraum in 165 Fällen bereit erklärt, von einer Abschiebung nach Griechenland abzusehen und

das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen.

Die Abschiebung eines iranischen Flüchtlings im Januar 2008 nach Griechenland veranlasste PRO ASYL zu einer weiteren ausführlichen Recherche zur Situation von Flüchtlingen in Griechenland. Der junge Asylsuchende war nach seiner Ankunft auf dem Flughafen Frankfurt unmittelbar inhaftiert worden und wurde nach einigen Wochen nach Griechenland abgeschoben, obwohl seine gesamte Familie in Deutschland als Asylberechtigte lebt. Die Zustände, unter denen der junge Mann in Griechenland leben musste, waren alarmierend.

Der PRO ASYL-Bericht hat maßgeblich dazu beigetragen, dass UNHCR Genf im April 2008 forderte, die europäischen Staaten sollten, aufgrund der eklatanten Mängel im Asylsystem, Asylsuchende nicht nach Griechenland überstellen. UNHCR fordert damit erstmals, Dublin-Transfers in ein Land zu stoppen. Weitere Rechercheberichte von PRO ASYL aus Sommer und Herbst 2008 legten dar, dass in Griechenland keine fairen Asylverfahren sichergestellt sind, die Genfer Flüchtlingskonvention nicht eingehalten wird und Schutzsuchende in der Obdachlosigkeit leben müssen.

Eine Stellungnahme des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom Dezember

2009, in der das Bundesamt behauptet, das griechische Asylsystem würde funktionieren, hat PRO ASYL mit einer erneuten umfassenden Recherche im Februar 2009 widerlegt.

Die Berichte von PRO ASYL und die Forderung nach einem Abschiebungsstopp nach Griechenland haben die bundesdeutsche und europäische Debatte grundlegend verändert. Nach Anweisung des Bundesministeriums des Innern hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei besonders gefährdeten Personengruppen wie Kindern, Frauen und Traumatisierten das sogenannte Selbsteintrittsrecht großzügig anzuwenden. Im Zweifelsfall ist das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen. Zahlreiche andere europäische Staaten folgten der bundesdeutschen Regelung.

Griechenlandprojekt

Es ist für PRO ASYL nicht ausreichend, die Verhältnisse in Griechenland nur zu kritisieren, sondern wir wollen konkrete Hilfe für besonders Schutzbedürftige leisten. Gleich zu Beginn eines Projektes im Juni 2008 im Haftlager Pagani in Mitilini auf der Ägäisinsel Lesbos musste eine große humanitäre Krise gemeistert werden: PRO ASYL erfuhr von weit über 100 unbegleiteten Flüchtlingskindern aus Afghanistan, dem Irak, dem Iran und So-

malia, die gemeinsam mit Erwachsenen im Haftlager inhaftiert waren. Im Gefängnis waren sie sich ohne Betreuung selbst überlassen, und es fehlte ihnen am Notwendigsten. Sie hatten weder Zahnbürste noch Unterwäsche und Socken. Die Situation war untragbar. Mit einer gemeinsamen Initiative von PRO ASYL, UNHCR Griechenland, dem »Ecumenical Refugee Program« und der Solidaritätsgruppe »PROS FYGI – Initiative for Solidarity with Refugees in Samos« konnte erreicht werden, dass die Kinder frei gelassen und kindgerecht untergebracht wurden. PRO ASYL unterstützt die Flüchtlingsorganisationen in Griechenland dabei, die Versorgung und Betreuung der Kinder sicherzustellen. Gemeinsam mit dem Ökumenischen Flüchtlingsdienst der griechischen Kirche führen wir seit Frühsommer 2009 ein Projekt zur Unterstützung und Beratung von besonders schutzbedürftigen Personen durch. Das Projekt, an dem Rechtsanwälte und Dolmetscher vor Ort beteiligt sind, ist zunächst auf 18 Monate angelegt. In dieser Zeit sollen mindestens 300 Personen, die besonderen Schutz benötigen, identifiziert und aktiv unterstützt werden.

Die Arbeit in Deutschland

Aufnahme irakischer Flüchtlinge

Am 20. März 2009 trafen die ersten irakischen Flüchtlinge, deren Aufnahme die Innenminister der Bundesländer am 21. November 2008 beschlossen hatten, auf dem Flughafen Hannover ein. PRO ASYL hat, wie UNHCR und Kirchen auch, ein Aufnahmeprogramm für Irakflüchtlinge gefordert. Doch lange Zeit wurde die Verantwortung zwischen Deutschland und der EU hin und her geschoben. Angesichts einer Einwohnerzahl von fast 500 Millionen, die die EU in den 27 Mitgliedsstaaten hat, ist die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen aus einer akuten Notsituation heraus kein Ruhmesblatt. In den Erstaufnahmestaaten leben mehr als zwei Millionen Flüchtlinge. Immerhin: Ohne politischen Druck wäre wohl nicht einmal dieses möglich geworden.

PRO ASYL koordinierte für das Forum Menschenrechte im Berichtszeitraum regelmäßig stattfindende Gespräche mit Abgeordneten des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, bei denen auch das Thema Flüchtlingsaufnahme forciert wurde.

Auch in Bezug auf den völlig inakzeptablen Umgang mit irakischen Flüchtlingen

in Deutschland bis Mai 2008 war politischer Druck notwendig. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellte im Ergebnis seine pauschale Widerrufspraxis ein. Dennoch sind rund 8.000 irakische Flüchtlinge als lediglich Geduldete weiterhin ausgegrenzt. Sie haben ihren Asylantrag zur falschen Zeit gestellt und sind Opfer einer absurden Entscheidungspraxis. Während im Jahr 2004 nur 2,2 Prozent der irakischen Asylsuchenden einen Schutzstatus erhielten, stieg dieser Prozentsatz im Jahr 2008 auf 78,4 Prozent.

Für ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen

Die EU und Deutschland sind gefordert, sich ihrer Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz zu stellen, denn der Irak ist kein Einzelfall. Auch außerhalb dieser Krisenregion befinden sich viele Flüchtlinge in einer dauerhaft ausweglosen Lage und benötigen Hilfe. Im Februar 2009 hat PRO ASYL eine grundlegende Broschüre mit der Forderung nach einem sogenannten Resettlementprogramm erarbeitet. Ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen konnte dafür gewonnen werden. Einstimmig wird die Einrichtung eines Programms zur kontinuierlichen Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland gefordert. Mit dabei sind unter an-

derem Amnesty International, Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Missio, Terre des Hommes und Ver.di.

Save me – die Kampagne

Forderungen nach einem Neuansiedlungsprogramm für Flüchtlinge in Deutschland bedürfen der Unterstützung an der Basis. Deshalb treibt PRO ASYL mit einer Vielzahl von Organisationen die Kampagne »Save me – eine Stadt sagt ja!« voran. In Städten und Gemeinden soll das Thema auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das Ziel: eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu gewinnen. Schließlich sind es Städte und Gemeinden, die eine Aufnahme von Flüchtlingen zu bewerkstelligen haben. Ein positives Votum der Kommunen und der Bürger kann skeptische Bundes- und Landespolitiker mitreißen. Engagierte Gruppen in möglichst vielen Regionen sind gefragt, eigene Save-me-Kampagnen vor Ort zu starten. PRO ASYL hat eine bundesweite Kampagnenseite mit Hintergrundinformationen und Materialien zum Thema auf der Internetseite www.save-me-kampagne.de bereitgestellt. Es wird versucht, lokalen Save-me-Bündnissen den Start zu erleichtern, indem ihnen eine eigene Internetpräsenz ermöglicht wird. In 34 deutschen Städten gibt es inzwischen Save-me-Initiativen. Fast 3.000 Menschen haben sich als Unterstützerinnen

und Unterstützer für Flüchtlinge angeboten, die im Rahmen eines solchen Resettlementprogrammes kommen.

Erste Erfolge werden sichtbar: In München, Aachen, Kiel, Düsseldorf, Erfurt, Tübingen und Rostock haben die Stadtparlamente bereits positive Beschlüsse zur Aufnahme von Flüchtlingen gefasst.

Die Kampagne ist Thema einer Vielzahl von Veranstaltungen in diesem Jahr und wird von PRO ASYL auf der Tournee der Toten Hosen vorgestellt. Bei mehr als 20 Konzerten der Band ist PRO ASYL mit Info-Ständen zur Save-me-Kampagne vor Ort. Erstmals ist der neue von Campino gesprochene PRO ASYL-Spot auf der Tour zu sehen. PRO ASYL dankt den Toten Hosen für die Zusammenarbeit und ihr Engagement.

Bleiberecht: Von der Duldung zum Dauerproblem

Ganz oben auf der Tagesordnung von PRO ASYL stand und steht das Thema Bleiberecht. Das Ziel der Bleiberechtsregelung, die Kettenduldungen abzuschaffen, wurde weit verfehlt. Ende Februar 2009 lebten immer noch über 100.000 Menschen in Deutschland nur mit einer Duldung. Bezogen auf die Gesamtzahl der Geduldeten vor Inkrafttreten der ersten Bleiberechtsregelung konnte lediglich ein Drittel der potentiell Betroffenen vom Bleibe-

recht profitieren. Die Stichtage 01.07.2001 für Familien und 01.07.1999 für Alleinstehende liegen viel zu weit in der Vergangenheit. Noch immer bzw. schon wieder leben 63.000 Geduldete seit mehr als sechs Jahren in Deutschland. Auf Dauer ist eine stichtagsbezogene Bleiberechtsregelung keine nachhaltige Lösung für eine Politik, die immer wieder neue Langzeitgeduldete produziert.

Von 59.000 Aufenthaltserlaubnissen, die im Februar 2009 nach der Bleiberechtsregelung erteilt worden sind, sind 28.000 wegen fehlender Lebensunterhaltssicherung nur auf Probe ausgestellt worden. Dies entspricht einer Quote von 48 % Prozent. Es zeichnet sich ab, dass durch die mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Verschlechterung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes viele der Menschen mit Probeaufenthaltserlaubnis ihren Lebensunterhalt zum Ende des Jahres 2009 nicht sichern können. Sehr häufig haben sie nur Jobs in prekären Bereichen gefunden und werden als erste wieder gekündigt. Es droht die Rückkehr in die Duldung und damit das Damoklesschwert der Abschiebung. Alte, Kranke, Behinderte und Problemgruppen wurden so gut wie ausgeschlossen und hatten von vornherein kaum eine Chance.

PRO ASYL setzt sich deswegen auf politischer Ebene kontinuierlich für eine umfassende, großzügige Bleiberechtsrege-

lung ein. Unter anderem hat sich PRO ASYL mit Schreiben an die Innenminister und die Mitglieder des Bundestages gewendet. Die Verantwortlichen müssen frühzeitig die notwendigen Schritte unternehmen, um den Rückfall der Betroffenen in die Duldung zu verhindern. Würde ein Gesetzgebungsverfahren erst nach der Bundestagswahl und der Koalitionsbildung eingeleitet, wäre dies vermutlich zu spät wirksam. Auch ein sehr sinnvolles Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Arbeitsmarktintegration von Geduldeten und Flüchtlingen bliebe ohne Wirkung, wenn die Bleiberechtsregelung nicht entsprechend nachgebessert wird.

Zum diesjährigen Tag des Flüchtlings unter dem Motto »Mit Menschenrechten darf man nicht spielen« ruft PRO ASYL dazu auf, das Thema Bleiberecht bei Veranstaltungen aufzugreifen. Direkte Begegnungen mit Betroffenen können Politikerinnen und Politiker sensibilisieren.

Härtefallregelung entfristet

PRO ASYL hat sich für eine Entfristung der Härtefallregelung in § 23a Aufenthaltsgesetz eingesetzt. Ursprünglich war die Regelung befristet und sollte Ende Dezember 2009 außer Kraft gesetzt werden. PRO ASYL hat sich gemeinsam mit Organisationen, die Vertreterinnen und

Vertreter in Härtefallkommissionen stellen, für diese Entfristung eingesetzt, da es Härtefälle immer wieder geben wird. War schon die Einführung der Härtefallregelung im Aufenthaltsgesetz ein Erfolg der Lobbyarbeit, so nun auch ihre Entfristung im Rahmen des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes.

Wichtig für Flüchtlinge: die Qualität des Bundesamtsverfahrens

Seit vielen Jahren engagiert sich PRO ASYL für eine Verbesserung der Qualität von Anhörungen und Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Was im Kernstück des Asylverfahrens versäumt wurde, ist oftmals später nur noch schwer zu korrigieren. Immer wieder werden PRO ASYL Unterlagen aus Verfahren zugesandt, bei denen Anhörung und Entscheidung eklatante Mängel aufweisen. Problematischer noch: Eine wirksame Kontrolle der Qualität findet im Bundesamt selbst praktisch nicht statt.

Dies bestätigt eine von PRO ASYL im April 2009 veröffentlichte Untersuchung zum Flughafenasylverfahren »Hastig, unfair, mangelhaft«. Dr. Ines Welge vom Flüchtlingsrat Wiesbaden hat im Auftrag von PRO ASYL zum dritten Mal Anhörungen und Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge analysiert.

Anhand von 32 Entscheidungen im Rahmen des Flughafenasylverfahrens in Frankfurt am Main kommt sie zu dem Schluss, dass viele der Anhörungen mangelhaft sind. Es fehlt einem Teil der Entscheider an der Sachkunde oder der Bereitschaft, sich mit Details der Herkunftsländer auseinander zu setzen. Auch bei Opfern sexueller Gewalt erfolgt oft keine sensible Aufklärung des Sachverhalts. In mehreren Verfahren wurde gegen die Pflicht verstoßen, den Asylsuchenden aufgetauchte Widersprüche vorzuhalten und Gelegenheit zur Klarstellung zu geben. Es sind Dolmetscherprobleme wie Fehler bei der Protokollierung feststellbar. Die Ablehnung der Anträge als offensichtlich unbegründet genügt oft nicht den Kriterien für eine solche Offensichtlichkeitsentscheidung.

Brennpunkt Flughafen: Einzelfallhilfe

Um die Rechte der Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen zu sichern, organisiert und finanziert PRO ASYL eine direkte anwaltliche Begleitung bereits für die erste Anhörung im Transitbereich. Über 90 % der Menschen, die wir so unterstützen, erhalten Zugang zum normalen Asylverfahren.

PRO ASYL setzt sich auch öffentlich für die Rechte der Asylsuchenden am Flughafen ein. Dies führte dazu, dass im März

2009 eine schwangere 17-jährige junge Frau aus Kamerun, die ein Opfer von Menschenhandel geworden war und kurz vor der Entbindung stand, einreisen durfte. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wollte die schwangere Frau noch am Tag ihrer Niederkunft einer Anhörung unterziehen.

Den Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention hat PRO ASYL im Mai 2008 gemeinsam mit Connection e.V. im Fall von zwei Eritreern im Flughafenverfahren öffentlich kritisiert. Die Asylanträge der Deserteure waren aufgrund »mangelnder Glaubwürdigkeit« im Schnellverfahren abgelehnt worden. Die fatale Fehlbewertung der Asylfälle hatte zur Folge, dass beide Eritreer in Foltergefängnissen des eritreischen Regimes verschwunden sind. Hierfür tragen Bundesamt und Gericht die Verantwortung.

In einem anderen Fall konnte die bevorstehende Abschiebung eines Flüchtlings aus Sri Lanka durch eine von PRO ASYL unterstützte Verfassungsbeschwerde gestoppt werden.

Aktiv gegen Abschiebungen

Regelmäßig zur halbjährlich stattfindenden Innenministerkonferenz hat sich PRO ASYL mit Schreiben an die Innenminister gegen Abschiebungen von Flüchtlingen in Kriegs- und Krisengebiete gewendet und

Demonstrationen der »Jugendlichen ohne Grenzen«, die sich als Betroffene gegen Abschiebungen engagieren, unterstützt.

Beispiel Kosovo

Bereits angesichts der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 befürchtete PRO ASYL die erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen, die Minderheiten angehören, aus Deutschland und anderen EU-Staaten. Die UN-Verwaltung hatte bisher nur einer Rückkehr von Ashkali oder sogenannter Ägypter unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt. Mit Schreiben des Bundesinnenministeriums im Mai 2009 wurde klar, dass die kosovarische Regierung sich auf Drängen der europäischen und deutschen Innenminister nicht mehr an die Empfehlungen von UNHCR zur Rückführung von Minderheitenangehörigen halten wird. Auch Roma laufen seitdem Gefahr, in den Kosovo abgeschoben zu werden.

Die zwangsweise Rückkehr zahlreicher Minderheitenangehöriger könnte lokale Spannungen verstärken. Seit vielen Jahren haben kontinuierlich Minderheitenangehörige das Land verlassen, weil sie sich unsicher fühlten und keinerlei Existenzmöglichkeiten für sich sahen. PRO ASYL setzt sich auf politischer Ebene dafür ein, dass keine Abschiebungen von Minderheitenangehörigen im Jahr 2009 stattfinden und hat die Innenminister in einem

Schreiben aufgefordert, der Schutzbedürftigkeit Sorge zu tragen.

Die von PRO ASYL herausgegebene Studie »Angeordnete Freiwilligkeit« zeigt, dass selbst Flüchtlinge, die mit Hilfe deutscher und mit europäischen Geldern finanzierter Projekte in ihr Herkunftsland zurückgekehrt sind, kaum eine Chance haben, sich eine sichere Existenz aufzubauen. Seit längerem wird die »freiwillige Rückkehr« von Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, staatlich gefördert. Freiwillig allerdings ist an einer solchen Ausreise nur, dass die Betroffenen damit ihrer Abschiebung entgehen. Eine wirklich freiwillige Rückkehr lassen die Verhältnisse in vielen Herkunftsstaaten nicht zu. Am Beispiel Kosovo legt die Studie offen, dass Rückkehrberatung durch Wohlfahrtsverbände zwar manchmal hilfreich, aber bei weitem nicht hinreichend ist, um den Rückkehrern einen neuen Start zu ermöglichen.

Beispiel Syrien

Am 14. Juli 2008 wurde das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Damit droht bis zu 7.000 Syrern in Deutschland die Abschiebung. Nach dem Wortlaut des Abkommens sind auch Staatenlose betroffen, die Opfer jahrzehntelanger syrischer Ausgrenzungspolitik. PRO ASYL wirft der Bundesregierung Kollaboration mit einem Folterstaat

vor und erklärte sich mit den Demonstrationen von syrischen Exilanten gegen die deutsche Abschiebungskollaboration solidarisch. Dass das Auswärtige Amt drastische Fakten zur Menschenrechtssituation und zur Gewalttätigkeit des Regimes in einem Lagebericht vom 05. Mai 2008 zusammengetragen hat, rief beim vertragsschließenden Bundesinnenministerium offenbar keine Skrupel hervor. Eindeutig schildert der Lagebericht Menschenrechtsverletzungen: »Schon im normalen Polizeigewahrsam sind körperliche Misshandlungen an der Tagesordnung. Insbesondere bei Fällen mit politischem Bezug wird physische und psychische Gewalt in erheblichem Ausmaß eingesetzt. Die Misshandlungen dienen dabei der generellen Gefügigmachung ebenso wie der Erzwingung von Geständnissen, der Nennung von Kontaktpersonen und der Abschreckung. In den Verhörzentralen der Sicherheitsdienste ist die Gefahr körperlicher und seelischer Misshandlung noch größer. Hier haben weder Anwälte noch Familienangehörige Zugang zu den Inhaftierten, deren Aufenthaltsort oft unbekannt ist.«

Internationale Wochen gegen Rassismus

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus hat PRO ASYL mit dem Interkulturellen Rat dazu aufgerufen, die

soziale und rechtliche Situation von Geduldeten zu thematisieren. Mit dem Falblatt »Aktiv werden für Asylsuchende« regte PRO ASYL und der Interkulturelle Rat zu Aktionen während der Internationalen Wochen gegen Rassismus an. PRO ASYL wirft der Bundesregierung vor, die Situation von Asylsuchenden und Geduldeten bei ihren Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogener Intoleranz bewusst auszublenden. Der betreffende Nationale Aktionsplan beachtet weder die gesellschaftliche Ausgrenzung noch den strukturellen Rassismus, den der Gesetzgeber zu verantworten hat.

Ende des Dessauer Prozesses zum Tod im Polizeigewahrsam

Der Tod von Oury Jalloh, der in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte, bleibt ungesühnt. Gemeinsam mit der Internationalen Liga für Menschenrechte hat PRO ASYL eine Prozessbeobachtung organisiert. Das Ergebnis: Das Gericht scheiterte beim Versuch der Aufklärung des Geschehens nicht zuletzt an einer Mauer des Schweigens auf Seiten der Polizeizugehen und einer Vielzahl von Ermittlungsspannen. Im Verfahren trat ein Organisationsversagen bei der Polizei mit dramatischen Ausmaßen zu Tage. Im Urteil werden alle Handlungen der Polizei, die die Voraussetzungen für die Tragödie erst

geschaffen haben, vorsätzlich ausgeblendet. Der Dessauer Polizeiskandal und seine Aufklärung sind geprägt von Ungereimtheiten und Schlampereien, unhaltbaren Hypothesen, Gedächtnislücken und Lügen, Widersprüchen und Vertuschungen, von verschwundenen Beweisstücken und unterlassenen Ermittlungen.

Rechtshilfefonds

Im Jahr 2008 wurden in mehr als 300 Fällen Flüchtlinge aus 54 Staaten in ihrem asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren aus dem Rechtshilfefonds von PRO ASYL unterstützt.

Nach wie vor machen die Asylverfahren im engeren Sinn den weitaus größten Teil (zwei Drittel) der bezuschussten Verfahren aus. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten im Jahr 2008 Verfahren im Zusammenhang mit der Dublin II-Verordnung. Hier ging es meist um Rechtsschutz für die Betroffenen gegen ihre Überstellung in einen anderen EU-Staat. Wichtig sind auch die Schnellverfahren am Flughafen: Die Erfolgchance für Flüchtlinge, denen PRO ASYL eine rechtliche Begleitung zur Erstanhörung finanzierte, liegt sehr hoch. 90 % der von PRO ASYL unterstützten Flüchtlinge erhielten Zugang zum normalen Asylverfahren. Gleichzeitig verweist dies aber auch auf ein Ärgernis: Eigentlich müsste es Aufgabe des Staates sein,

für Einzelfallgerechtigkeit im Verfahren zu sorgen.

Außerdem wurden Verfahren im Zusammenhang mit der Bleiberechtsregelung und Familienzusammenführungen unterstützt. In weiteren Verfahren ging es um Abschiebungshaft, Widerrufsverfahren und sozialrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wie im letzten Jahr kommen die meisten Personen, die aus dem Rechtshilfefonds unterstützt wurden, aus der Türkei. Es folgen Irak, Iran, Syrien, Eritrea, Russland/Tschetschenien, Roma aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, Afghanistan, Kosovo und Libanon.

In neun Fällen wurden Verfassungsbeschwerden unterstützt, außerdem ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. In 41 Fällen wurden psychiatrische/fachärztliche Stellungnahmen oder Gutachten finanziert, die im Bundesamts- bzw. Verwaltungsgerichtsverfahren wichtig waren. In den meisten Fällen ging es um die Begutachtung von Traumafolgen und deren Auswirkungen auf das Asylverfahren.

Einzelfallhilfe

An die Mitarbeitenden des Bereichs Einzelfallhilfe wurden im Jahr 2008 rund 4.000 Anrufe und 2.100 schriftliche Anfragen herangetragen. Dabei ging es in rund 2.200 Anrufen und 700 schriftlichen Anfragen um konkrete Fälle von Flüchtlingen, die zum Teil eine längerwährende Beratung erforderten. Die Mitarbeitenden des Arbeitsbereiches deckten neben der direkten Einzelfallhilfe auch viele verschiedene Serviceleistungen für Flüchtlinge, Unterstützer und Interessierte ab. Nach wie vor war ein besonders hoher Beratungsbedarf zum Thema Bleiberecht zu verzeichnen, da trotz Altfallregelung immer noch über 100.000 Menschen in Deutschland nur geduldet sind. Probleme bei Passbeschaffung, Lebensunterhaltssicherung und restriktiver Anwendung der Ausschlussgründe wurden an die Mitarbeitenden herangetragen. Besonders häufig wurde die Unterstützung von PRO ASYL auch bei sogenannten Dublin-Fällen in Anspruch genommen. In 29 % der Asylanträge leitete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Dublin-Verfahren ein. In diesen Fällen strebt das Bundesamt eine Rücküberstellung in einen anderen europäischen Staat an und führt kein Asylverfahren durch. PRO ASYL wird zunehmend nicht nur von Betroffenen und Unterstützern in Deutschland um Unterstützung gebeten, sondern auch aus dem europäischen Ausland. Brennpunkt in der

Beratung waren vor allem Abschiebungen von Flüchtlingen nach Griechenland.

Homepage und Newsletter

Mit dem Relaunch der Homepage im Mai 2009 bietet PRO ASYL einen schnellen Überblick und den gezielten Zugang zu gesuchten Informationen. Meldungen, Nachrichten und Aktuelles finden sich kurz und übersichtlich direkt auf der Startseite. Weiterführende Inhalte stehen Interessierten über thematisch überarbeitete Navigationsbereiche zur Verfügung.

Mit dem monatlich erscheinenden kostenlosen Newsletter mit aktuellen Meldungen werden ehrenamtliche Strukturen der Flüchtlingshilfe gestärkt. 3.649 Personen und Organisationen sind Bezieher des Newsletters, ein Anstieg von rund 550 gegenüber dem Vorjahr. Mehrere zehntausend monatliche Zugriffe auf die Homepage, auf der der Newsletter auch online abrufbar ist, zeigen die Bedeutung des Online-Informationsangebots von PRO ASYL.

Newsletter, Telefon und E-Mail-Dienst wurden vom Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert.

Publikationen und politische Stellungnahmen (Auswahl)

Die Ansprüche, die Flüchtlinge auf Sozialleistungen haben, sind kompliziert und vom Aufenthaltsstatus abhängig. PRO ASYL hat das Handbuch »**Sozialleistungen für Migrantinnen und Flüchtlinge**« von Georg Classen (Flüchtlingsrat Berlin) herausgegeben, in dem das Sozialrecht für die Praxis erläutert wird. Dargestellt wird das Anrecht von Migrantinnen und Migranten auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz einschließlich der Sozial(hilfe)leistungen zur medizinischen Versorgung.

Mit der Broschüre »**Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung**« wurde erstmals eine gemeinsame Positionsbestimmung von PRO ASYL und medico international veröffentlicht. In einer Zusammenführung der Perspektiven von Menschenrechts-, Flüchtlings- und Entwicklungspolitik warnen die beiden Organisationen davor, unter dem Stichwort der »zirkulären Migration« das Gastarbeiter- bzw. Rotationsmodell wiederzubeleben. Eine selektive Anwerbepolitik nach Nützlichkeitsgesichtspunkten, verbunden mit einem rigiden Rückkehrzwang, ist menschenrechtlich nicht zu verantworten. Medico international und PRO ASYL fordern auch den Schutz von Umweltflüchtlingen. Dafür müssen eigenständige

Rechtsinstrumente geschaffen werden. Es gibt eine besondere Verantwortung der Industriestaaten als Hauptverantwortliche für die wesentlichen Faktoren des Klimawandels. Bei der Folgenbegrenzung dürfen arme Staaten nicht allein gelassen werden.

Mit dem jährlich erscheinenden Grundrechtebericht wird von neun Bürger- und Menschenrechtsorganisationen deutsche Verfassungswirklichkeit dokumentiert.

PRO ASYL ist Mitherausgeber des 272 Seiten starken Berichts, der 2009 unter anderem die Themen Inhaftierung von Minderjährigen im Flughafenverfahren, Lagerunterbringung von Asylbewerbern und die Aushöhlung des Datenschutzes von Migranten und Flüchtlingen analysiert. Der 1997 erstmals erschienene »Grundrechte-Report« versteht sich als »alternativer Verfassungsschutzbericht«. Im Jahr 2008 wurden PRO ASYL und die weiteren Herausgeber mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet.

PRO ASYL hat im Berichtszeitraum mit einer Vielzahl von **Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen** und anderen politischen Initiativen Stellung genommen. Die Stellungnahmen finden sich im Internet unter www.proasyl.de.

Im Oktober 2008 hat PRO ASYL eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf des **Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes**, mit

dem vorrangig die Zuwanderung Hochqualifizierter ermöglicht werden soll, erarbeitet. Eine relative Verbesserung stellt die neue Möglichkeit für Geduldete dar, einen Aufenthaltstitel zu erhalten, wenn sie eine berufliche Qualifikation nachweisen können. Problematisch ist allerdings, dass diese Regelung die gleichen Ausschlussgründe wie die Bleiberechtsregelung vorsieht. Wegen der hohen Qualifikationsanforderungen und der vielen Ausschlussgründe steht zu befürchten, dass nur wenige Personen von dieser Neuerung profitieren werden.

Im Juni 2008 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für ein sogenanntes **Gendiagnostik-Gesetz** vor, zu dem PRO ASYL am 22. Oktober 2008 kritisch Stellung genommen hat. Bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages im Januar 2009 nahm auch eine Mitarbeiterin von PRO ASYL als Expertin teil. Der Gesetzentwurf enthielt eine skandalöse Schlechterbehandlung von Ausländern gegenüber Inländern in Sachen DNA-Test und Datenschutz. Abweichend von den sonstigen Normen des Gesetzes wird in den Vorschriften, die Ausländer betreffen, geregelt, dass die Ergebnisse der genetischen Untersuchungen und die genetische Probe auch nach einem Widerruf der Einwilligung zum Zwecke der Strafverfolgung übermittelt werden dürfen, wenn auch nur der Verdacht einer Straftat besteht. PRO

ASYL fordert, die wirkliche Freiwilligkeit bei genetischen Untersuchungen im Rahmen des Asylverfahrens- und Aufenthaltsgesetzes zu sichern und Migrantinnen und Migranten im Visumverfahren zur Familienzusammenführung dieselben Garantien zum Umgang mit gewonnenen Daten zu geben wie Inländern.

Im November 2008 hat PRO ASYL zum Entwurf der **Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz** Stellung genommen. Die Verwaltungsvorschriften dienen dazu, die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes zu konkretisieren und der Verwaltung Vorgaben für die Praxis zu geben. Angesichts der durchweg restriktiven Ausrichtung der Verwaltungsvorschriften stieß der vom Bundesministerium des Innern vorgelegte Entwurf auf starke Kritik. Spielräume im Gesetzeswortlaut wurden fast überwiegend zulasten der Betroffenen interpretiert. Zudem wurden Vorgaben des europäischen Rechts an vielen Stellen unzureichend oder gar nicht beachtet. Während PRO ASYL und andere Menschenrechtsorganisationen nur wenige Wochen zur Stellungnahme Zeit hatten, verhandelte das Bundesinnenministerium seit Anfang des Jahres 2009 monatelang mit den Innenministerien der Länder. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Anhörung der Zivilgesellschaft nicht mehr als eine Alibi-Veranstaltung war.

Im Februar 2009 nahm PRO ASYL zum Entwurf der Bundesregierung über das sogenannte **Visawarndateierrichtungs-gesetz** Stellung. Das Gesetzesvorhaben sollte die Grundlage schaffen für die Einführung einer Großdatenbank, die u.a. im Rahmen der Bearbeitung von Visaanträgen genutzt werden sollte. Gespeichert werden sollen die Daten von Einladern, aber auch von Straftätern, Verdächtigen oder abgelehnten Asylbewerbern. PRO ASYL hat in der Stellungnahme große Sorge über diese Pläne zur verdachtsunabhängigen und anlasslosen Speicherung von personenbezogenen Daten geäußert. Unbescholtene Bürgerinnen und Bürger würden sich in einer Gefährderdatei wiederfinden. Das Gesetzesvorhaben wurde nach heftiger Kritik in der Öffentlichkeit im März 2009 – zumindest für die laufende Legislaturperiode – von der Bundesregierung zurückgezogen.

Konferenzen

PRO ASYL war Mitorganisator von verschiedenen Konferenzen und hat an zahlreichen Tagungen teilgenommen. Hervorzuheben ist die Konferenz »**Festung Europa. 70 Jahre nach Evian. Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen.**« vom 30.06.2008 - 01.07.2008. Die Tagung wurde von PRO ASYL gemeinsam mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und dem

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag durchgeführt. In Erinnerung an die Flüchtlingskonferenz von Evian 1938 haben Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Politik auf der Konferenz Fragen an die gegenwärtige Praxis und die Zukunft des Schutzraumes Europa gestellt. Im Zentrum stand die Forderung nach einem Paradigmenwechsel der gesamten EU-Asylpolitik: weg von einer inhumanen Abwehr-, Abschottungs- und Abschiebebehaltung hin zu einer offenen, partizipativen und menschenwürdigen Aufnahmegesellschaft.

Zur Tagung wurde der Band »Von Evian nach Brüssel« herausgegeben.

Das zentrale Thema des **Berliner Symposiums zum Flüchtlingsschutz** im Juni 2009 war ebenfalls die europäische Abschottungspolitik. Das Symposium wurde zum 9. Mal anlässlich des Weltflüchtlings-tages von der Evangelischen Akademie zu Berlin gemeinsam mit PRO ASYL, dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen, Richter- und Anwaltsvereinigungen und Wohlfahrtsverbänden veranstaltet.

PRO ASYL intern

Neuer Vorstand Förderverein gewählt

Der Förderverein PRO ASYL e.V. hat im September 2008 einen neuen Vorstand gewählt. Bestätigt im Amt des Vorsitzenden wurde der Theologe und Soziologe Dr. Jürgen Micksch aus Darmstadt. Als Beisitzer wiedergewählt wurden Sigrid Ebritsch (Hannover) und Hubert Heinhold (München). Neuer Schatzmeister ist Andreas Lipsch, Pfarrer und Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Er löst Jost Hess ab, der dem Vorstand des Fördervereins seit 1994 als Schatzmeister angehört hat und nicht mehr kandidierte.

Dem scheidenden Schatzmeister sprach die Mitgliederversammlung ihren Dank für 14 Jahre ehrenamtliche Arbeit aus. Seit Beginn seiner Existenz hat Jost Hess den stetig wachsenden Verein mit großer Sachkenntnis in allen Finanzfragen beraten. Es gehört zu seinen Verdiensten, dass der Verein mit inzwischen über 13.000 Fördermitgliedern eine solide Grundlage hat, die Planungssicherheit für die kommenden Jahre bietet.

■ **Siegfried Müller, Gründungsmitglied der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL und langjähriges Vorstandsmitglied, erhielt im April 2009 die Willy-Brandt-Medaille. PRO ASYL freut sich über die Würdigung seiner Verdienste.** ■

Stiftung PRO ASYL

Die STIFTUNG PRO ASYL hat im Jahr 2008 über 60.000 Euro an Zustiftungen erhalten, die sich aus zwei hohen und mehreren kleineren Einzelbeträgen zusammensetzen. Wir haben uns sehr gefreut, dass die STIFTUNG PRO ASYL 2008 ein Mehrfamilienhaus als Schenkung erhalten hat.

Besonders erwähnenswert ist die Zustiftung von Heribert Prantl, Journalist und Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung. Am 30. November 2008 wurde Heribert Prantl mit dem Ketteler-Preis ausgezeichnet. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro ging auf seinen Wunsch an die STIFTUNG PRO ASYL.

Spenden, Zustiftungen oder Zuwendungen an die STIFTUNG PRO ASYL sichern die Arbeit für Flüchtlinge auf lange Sicht ab und tragen dazu bei, Flüchtlingen eine menschenwürdige Zukunft zu ermöglichen. Die Jahresberichte der Stiftung sind unter www.stiftung-proasyl.de zu finden.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Einnahmen	Euro
Spenden	916.687,33
Mitgliedsbeiträge	998.256,72
Bußgeldzuweisung	32.343,86
Erstattungen für Raumkosten	6.602,25
Zuschüsse	37.493,57
Zuschüsse EFF-Projekt	175.435,33
Zinserträge	70.105,82
Erbschaften/Vermächtnisse	8.395,65
Erstattungen Gehaltsfortzahlungen	14.672,72
Auflösung von Rückstellungen	1.090,20
Erlöse aus der Abgabe von Informationsschriften, CD	51.984,13
■ Einnahmen gesamt	2.313.067,58

Ausgaben	Euro
Personalkosten	499.349,24
Soziale Aufwendungen	140.128,42
Abschreibungen	4.199,73
● <i>Inhaltliche Arbeit</i>	
Öffentlichkeitsarbeit	505.008,88
Unterstützung Flüchtlingsräte	253.034,68
Projekte, Veranstaltungen	90.276,02
Verfahrenshilfe	121.821,85
Reisekosten	10.136,38
Internetkosten	3.382,29
Zuschuss zur AG PRO ASYL	11.000,00
Zuschuss zur STIFTUNG PRO ASYL	5.000,00
EU-Projekt (Information and Cooperation Forum)	10.199,36
EU-Projekt (Beratung, Information und Kooperation in der Flüchtlingsarbeit)	202.692,63
– davon Gehälter und gesetzl. Sozialaufwand	182.676,68
Eigene europäische Projekte	29.181,28

Ausgaben	Euro
● <i>Zuführung zu Rücklagen</i> (Förderung landesw. Flüchtlingsräte, versch. Projekte)	235.263,57
● <i>Kosten der Geschäftsstelle</i>	
Raummieten	82.010,45
Porto	2.722,14
Telefon, Fax	7.645,80
Büromaterial	10.562,89
Wartungs-, Miet- und Reparaturkosten	12.560,41
Fachliteratur	3.298,18
rechtl., steuerl. und sonstige Beratungskosten	910,35
Buchführungskosten, Gehaltsabrechnung	5.652,27
Abschlussprüfung	6.000,00
Nebenkosten des Geldverkehrs	927,99
Sonst. Kosten	1.812,27
● <i>Zweckbetrieb Informationsmaterial</i>	58.290,50
Herstellungs- und Versandkosten von Informationsschriften und CD	
■ Ausgaben gesamt	2.313.067,58

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung von PRO ASYL verlief in diesem Berichtsjahr ohne große Veränderungen.

Am 1. Januar 2009 waren 13.803 Personen Mitglieder des Fördervereins. Im Jahr 2008 sind 546 Personen eingetreten, 500 sind ausgetreten, 18 sind verstorben. Die Mitgliederliste wurde im Jahr 2008 komplett überarbeitet. 228 Menschen waren unbekannt verzogen oder entrichteten seit geraumer Zeit keine Beiträge und mussten deshalb aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Die meisten ausgetretenen Mitglieder betonen, dass sie aus finanziellen Gründen die ihnen wichtige Arbeit von PRO ASYL nicht mehr weiter fördern können.

Die Mitgliederzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

1. Januar 1998	7.200 Mitglieder
1. Januar 1999	9.100 Mitglieder
1. Januar 2000	9.731 Mitglieder
1. Januar 2001	11.040 Mitglieder
1. Januar 2002	12.207 Mitglieder
1. Januar 2003	12.536 Mitglieder
1. Januar 2004	12.764 Mitglieder

1. Januar 2005	12.882 Mitglieder
1. Januar 2006	13.213 Mitglieder
1. Januar 2007	13.653 Mitglieder
1. Januar 2008	13.965 Mitglieder
1. Januar 2009	13.803 Mitglieder

Die kontinuierliche Unterstützung der Fördermitglieder ist äußerst wichtig. Sie ist die stabile Grundlage unserer Arbeit. Dafür danken wir allen Fördermitgliedern sehr herzlich. Dank dieser Hilfe werden wir uns auch in Zukunft wirksam für die Rechte von Flüchtlingen und Schutzsuchenden engagieren.

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 16 06 24

60069 Frankfurt / M.

Telefon: 069 / 23 06 88

Fax: 069 / 23 06 50

Internet: www.proasyl.de

E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto-Nr. 8047300

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

Dr. Jürgen Micksch
Vorsitzender

Andreas Lipsch
Schatzmeister

Sigrid Ebritsch
Beisitzerin

Hubert Heinhold
Beisitzer